

Sparen in Deutschland

Wer spart, sorgt für seine Zukunft vor. Wenn es das Einkommen zulässt, legt man regelmäßig Geld zur Seite. Auch junge Menschen sparen: zum Beispiel für ein Jahr im Ausland nach dem Schulabschluss, für ein Studium oder um sich später den Traum von eigenen vier Wänden zu erfüllen. Ist mein Geld sicher? Wie hoch sind die Zinsen? Kann ich im Notfall schnell über mein Geld verfügen? Das sind wichtige Kriterien bei der Entscheidung, wie man sparen will. Klar ist: Eine höhere Rendite geht normalerweise mit einem höheren Risiko einher. Zinsen und Inflation, die die Wertentwicklung und Kaufkraft des Ersparten mitbestimmen, bewegen sich auf und ab. In diesem Lernmodul wird erklärt, was es mit Blick auf die eigenen Finanzen zu beachten gilt.

Die Arbeitsmaterialien im Lernmodul

Für den Unterrichtseinstieg:

- ▶ [Arbeitsblatt „Konsumieren oder sparen?“](#)
- ▶ [Interaktive Übungen zum Arbeitsblatt „Konsumieren oder sparen?“](#)

Zur Vermittlung von Grundwissen:

- ▶ [Arbeitsblatt „Deutschland – das Sparerland“](#)
- ▶ [Interaktive Übungen zum Arbeitsblatt „Deutschland – das Sparerland“](#)
- ▶ [Arbeitsblatt „Zinsen – Haben und Soll“](#)
- ▶ [Interaktive Übungen zum Arbeitsblatt „Zinsen – Haben und Soll“](#)
- ▶ [Arbeitsblatt „Sparzinsen in Deutschland“](#)
- ▶ [Interaktive Übungen zum Arbeitsblatt „Sparzinsen in Deutschland“](#)

Zur Vertiefung des Wissens:

- ▶ [Arbeitsblatt „So hilft der Staat beim Sparen“](#)
- ▶ [Interaktive Übungen zum Arbeitsblatt „So hilft der Staat beim Sparen“](#)
- ▶ [Arbeitsblatt „Inflation – schleichende Geldentwertung“](#)
- ▶ [Interaktive Übungen zum Arbeitsblatt „Inflation – schleichende Geldentwertung“](#)

▶ Zum Arbeitsblatt „Konsumieren oder sparen?“

Hintergrundinformationen zum Schaubild „Was bleibt vom Bruttoeinkommen übrig?“

Bei einem Bruttoeinkommen von 3.000 Euro bleibt ein Nettoeinkommen von 1.983 Euro, denn folgende Beträge werden abgezogen: 387 Euro Lohnsteuer, 279 Euro Rentenversicherung, 36 Euro Arbeitslosenversicherung, 237 Euro Krankenversicherung, 45 Euro Pflegeversicherung und gegebenenfalls 36 Euro Kirchensteuer. Insgesamt werden bei diesem Musterbeispiel 34 Prozent des Bruttoeinkommens für Steuern und Abgaben eingezogen.

Die Steuer- und Abgabenlast ändert sich regelmäßig. Nimmt man das aktuelle Jahr 2024, so zeigt sich in diesem Beispiel ein leicht erhöhtes Nettoeinkommen von 2.026,06 Euro. Jetzt werden „nur“ noch 32,5 Prozent des Bruttoeinkommens abgezogen.

Ist ein Arbeitnehmer verheiratet, Alleinverdiener und hat zwei Kinder, dann bleiben ihm 2.322,67 Euro übrig – immerhin 77,4 Prozent seines Bruttogehalts. Die Steuer- und Abgabenlast sinkt auf 22,6 Prozent. Würde derselbe Arbeitnehmer 7.000 Euro im Monat verdienen, käme er auf einen Nettolohn

von 4.745,02 Euro. Die Steuer- und Abgabenlast erhöht sich dann aber um über 10 Prozentpunkte auf 32,2 Prozent.

Löhne in Deutschland

Die Löhne in Deutschland sind zwischen 2007 und 2023 nominal um 47,8 Prozent gestiegen. Nach Abzug der Preissteigerung verbleibt eine Reallohnerhöhung von 7,3 Prozent.

Wohnkosten, Mieten und Mietbelastungsquoten

Zu den Wohnkosten zählt bei Mieterinnen und Mietern die Brutto-Warmmiete. Sie besteht aus der Kaltmiete und Nebenkosten für Betrieb, Heizung und Warmwasser und macht in der Regel den Betrag aus, den Mieterinnen und Mieter monatlich an die Vermieterinnen und Vermieter überweisen. Bei den Eigentümerinnen und Eigentümern setzen sich die Wohnkosten aus Energie- und Heizkosten, der Grundsteuer sowie weiteren Nebenkosten wie zum Beispiel für Wasserverbrauch, Müllabfuhr oder die Schornsteinfegerinnen und -feger zusammen. Hinzu kommen Kosten für Wartungen, Instandsetzungen und gegebenenfalls die Zinsen für einen Bankkredit.

2023 lag der Anteil der Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland im Schnitt bei 28 Prozent. Überdurchschnittlich hoch war sie bei Einpersonenhaushalten sowie Haushalten in Großstädten. Über 3 Millionen der rund 20 Millionen Hauptmieterhaushalte hatten eine Mietbelastung von 40 Prozent und mehr. 1,5 Millionen Haushalte geben sogar mehr als 50 Prozent ihres verfügbaren Haushaltseinkommens fürs Wohnen aus.

Die Mietpreise sind in den letzten Jahren stark angestiegen – besonders stark in wachstumsstarken Regionen und Ballungsräumen bei Neuvermietungen, weniger stark bei Bestandsmieten. Die Nachfrage ist hier einfach deutlich höher als das Angebot. Wer kann, bleibt angesichts dieser Entwicklung erst einmal in seiner bisherigen Wohnung. Schwierig wird es dann für Haushalte, die umziehen müssen. Die durchschnittlichen Veränderungsraten der Mieten lagen viele Jahre nicht viel höher als die der Löhne. Seit 2021 geht die Schere aber auseinander. Die hohe Mietpreisdynamik wird zunehmend zu einer Belastung insbesondere für einkommensschwache Haushalte.

▶ Zum Arbeitsblatt: „Deutschland – das Sparerland“

Welche Anlageformen für welche Ziele?

Wer eine größere Anschaffung plant, für sein Alter vorsorgen oder einfach nur ein Geldpolster aufbauen möchte, muss normalerweise Geld zur Seite legen. Abhängig von

den jeweiligen Zielen und Voraussetzungen kann man unter verschiedenen Anlageformen wählen, die wiederum sehr unterschiedliche Eigenschaften besitzen.

Relativ risikoarme Sparformen sind **Giro-, Tagesgeld- oder sonstige Termingeldkonten**. Ist die betreffende Bank Mitglied im deutschen Einlagensicherungsfonds, sind solche Einlagen bis maximal 100.000 Euro gesichert, und zwar pro Kundin oder Kunde und Bank, nicht pro Konto. Die Zinsen auf solche Anlagen sind relativ niedrig und liegen nicht selten unter der Inflationsrate. Dennoch kann eine solche Geldanlage sinnvoll sein, da man je nach eventueller Bindungsfrist im Bedarfsfall schnell an sein Geld kommt. **Festverzinsliche Wertpapiere** sind in gleicher Weise abgesichert, nur kann man erst nach der Laufzeit wieder über sein Kapital verfügen.

Plant man die Anschaffung von Wohneigentum, kann ein **Bausparvertrag** hilfreich sein. Auch hier sind die Einlagen staatlich gesichert. Selbst ein sehr geringer Zinssatz in der Sparphase kann sich hier als Vorteil erweisen, dient dieser doch als Referenzwert für den bereits bei Vertragsabschluss fest vereinbarten Zinssatz eines eventuellen späteren Immobilienkredits. Zusätzlich sind staatliche Hilfen möglich, besonders für junge Leute mit vergleichsweise geringem Einkommen (Wohnungsbauprämie/Arbeitnehmersparzulage). Beim sogenannten Wohn-Riester werden staatliche Hilfen ohne Einkommensgrenzen gewährt.

Weiterhin kann man sein Geld in **Aktien oder Aktienfonds/ Investmentfonds** anlegen. Hier sollte man statt von „Sparen“ allerdings besser von „Investieren“ sprechen. Bei diesen Anlageformen können höhere Renditen als beim klassischen Sparen erzielt werden. Bei Aktien besteht ein höheres Risiko bis hin zum Totalverlust, wenn der Börsenwert des Unternehmens, dessen Aktien man erworben hat, sinkt oder das Unternehmen in Konkurs geht. Bei Aktien- und Investmentfonds wird dieses Risiko abgedeckt, da es sich auf viele Unternehmen/Immobilien aufteilt. Diese Anlageformen sind empfehlenswert, wenn sie für einen längeren Zeitraum geplant sind, in dem man die Kursentwicklung abwarten kann, ohne zum falschen Zeitpunkt verkaufen zu müssen. Verbraucherschützerinnen und Verbraucherschützer raten häufig zu Exchange-Traded Funds (ETFs). Hierbei handelt es sich um Index-Fonds. Anlegerinnen und Anleger können damit zu sehr geringen Kosten an der Entwicklung eines bestimmten Marktes teilhaben, zum Beispiel bei Orientierung am Welt-Aktien-Index.

Für die Zukunft kann man auch mit einer privaten **Kapitallebensversicherung** vorsorgen. Diese stellt im Rentenalter ein zusätzliches Einkommen dar und kann außerdem im Todesfall die Hinterbliebenen absichern. Das darin gebundene Kapital unterliegt gleichfalls der Einlagensicherung. Wird es jedoch erforderlich, den Vertrag vorzeitig aufzulösen, um an das Geld zu kommen, sind Rendite-Einbußen oder sogar Verluste einzukalkulieren.

Entscheidet man sich dafür, sein Geld in (Wohn-)Immobilien anzulegen, kann man diese entweder selbst nutzen oder aus der Vermietung Einkommen erzielen. Von Wertschwankungen, mit denen man auf dem Immobilienmarkt immer zu rechnen hat, sind Selbstnutzerinnen und -nutzer weitaus weniger betroffen als Vermieterinnen und Vermieter.

► **Zum Arbeitsblatt: Zinsen – Haben und Soll**

Expertenmeinungen zu Arbeitsauftrag 3: Wie wichtig ist Sparen bei der derzeitigen Entwicklung der Zinsen und der Inflation?

„Langsam geht die Inflationsrate [...] zurück. Wir rechnen damit, dass die Geldentwertung [...] bei ungefähr 3,5 Prozent liegen wird. Wenn Sie in den nächsten zwölf Monaten mit einer Geldanlage mehr als 3,5 Prozent Gewinn erzielen, dann haben Sie einen positiven Realzins.“

Anlagenexperte Christian Kopf/Union Investment

„Sparen ist [...] nicht immer richtig und moralisch gut, und Schulden sind nicht per se schlecht und verwerflich. [...] Heute zu sparen bedeutet einen Verzicht auf weniger Wohlstand in der Gegenwart. [...] Menschen sind nur gewillt, eine solche Entbehrung einzugehen, wenn sie sicher sein können, dieses Ersparte wachsen zu sehen und in der Zukunft nutzen zu können.“

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, „Geld oder Leben“

► **Zum Arbeitsblatt: So hilft der Staat beim Sparen**

Fachbegriffe kurz erklärt: Der demografische Wandel beschreibt einen Prozess, bei dem sich die Zusammensetzung der Gesellschaft langfristig ändert. Die Menschen leben länger, die Geburtenrate sinkt. Immer weniger junge Menschen stehen immer mehr älteren Menschen gegenüber. Da im Umlageverfahren der gesetzlichen Rente die jüngeren, erwerbstätigen Menschen die Renten der älteren finanzieren, steigt deren finanzielle Belastung oder man muss die Rentenhöhe senken, das Rentenalter heraufsetzen oder die gesetzliche Rente zusätzlich durch Steuergelder finanzieren. Bereits heute geschieht Letzteres schon in einem Umfang von mehr als 100 Milliarden Euro im Jahr.

Linktipp zu Arbeitsauftrag 2: Alt kommt früh genug: Arbeitsblatt und interaktive Übungen

► **Zum Arbeitsblatt: Inflation – schleichende Geldentwertung**

Hintergrundinfo zu Arbeitsauftrag 2: In einem Warenkorb stellt die Wirtschaftsstatistik den statistisch typischen Konsum eines privaten Haushalts dar. Das Statistische Bundesamt misst monatlich die durchschnittliche Preisentwicklung aller rund 700 Waren und Dienstleistungen dieses Warenkorbs (Wohnkosten, Energie, Lebensmittel, Bekleidung, Verkehr, Kommunikation etc.). Aus den Preisveränderungen wird der **Verbraucherpreisindex** berechnet, der Aufschluss über das Inflationsgeschehen gibt, das sich auf die durchschnittlichen Haushaltskosten auswirkt.

Linktipp zu Arbeitsauftrag 3: Inflationsraten in anderen Ländern: Statistisches Bundesamt: Verbraucherpreisindex, internationaler Vergleich: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/wirtschaft-finanzen/Preisentwicklung.html> und OECD: Inflation: <https://data.oecd.org/price/inflation-cpi.htm>